



Nationaler Gedenktag für Vertreibung Deutscher aus Ungarn ist mehr als eine große Geste

Nationaler Gedenktag für Vertreibung Deutscher aus Ungarn ist mehr als eine große Geste
Am kommenden Montag findet eine Gedenkstunde zu Ehren der aus Ungarn vertriebenen Deutschen im ungarischen Parlament statt. Dazu erklärt die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach: "Der 19. Januar erinnert nun jährlich als nationaler Gedenktag der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Durch den einstimmigen Beschluss der im ungarischen Parlament vertretenen Parteien geht Ungarn wiederholt unter den Ländern, aus denen Deutsche nach 1944 vertrieben wurden, mit der Aufarbeitung dieser Menschenrechtsverletzung voran. Das ist mehr als eine großartige menschenrechtliche Geste. Auch die ungarische Bevölkerung wertet die Vertreibung der Deutschen, die mit dem Datum ihres Beginns, dem 19. Januar 1946, für Ungarn verbunden ist, als ein Verbrechen. Bis zu 15 Millionen Deutsche wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus Mittel- und Osteuropa zwangsausgesiedelt. Viele von ihnen kamen dabei ums Leben. Die Aufarbeitung des Verbrechens der Vertreibung an circa 250.000 Ungarndeutschen begann von ungarischer Seite sofort nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1990 und setzte sich mit der Entschuldigung für die Vertreibung 1995, der Einrichtung einer Landesgedenkstätte im Jahr 2006 und der Errichtung eines Denkmals in Budapest fort. An einer Gedenkkonferenz, die im Jahr 2007 im ungarischen Parlament durchgeführt wurde, nahmen auch der Bundestagspräsident Norbert Lammert und unsere menschenrechtspolitische Sprecherin, Erika Steinbach teil. Die am kommenden Montag stattfindende Gedenkstunde und feierliche Übergabe des Parlamentsbeschlusses durch den Präsidenten des Ungarischen Parlaments, Laszlo Köver an Bundestagspräsident Norbert Lammert sind Ausdruck der seit langem bestehenden engen Zusammenarbeit mit den deutschen Vertriebenen und ein in die Zukunft weisendes Signal." CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.